



### Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Täschner	Bürgermeister GB I	TOP 8.1.
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Beauftragter für Wirtschaftsförderung	TOP 8.2. - 8.3.
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	TOP 4.1. – 4.2.
Frau Spranger	Controlling	TOP 4.2.
Herr Markert	Eigenbetrieb GAV	TOP 4.3.
Herr Müller	FG Tiefbau	

### weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Prill (Abfallentsorgung Plauen)	TOP 4.2.
Frau Kertscher (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil
Herr Beyer (Freie Presse)	öffentlicher Teil

### **Tagesordnung:**

#### **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Finanzausschusses am 25.04.2013
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Information**  
Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen  
***Drucksachennummer: 709/2013***
- 4. Vorberatung**
  - 4.1. Bereitstellung von außerplanmäßigen Ausgaben für die Maßnahme Verknüpfungsstelle Reichenbacher Straße  
***Drucksachennummer: 708/2013***
  - 4.2. Straßenreinigungs- und Gebührensatzung  
***Drucksachennummer: 702/2013***
  - 4.3. Planungsauftrag für den Nord-West-Flügel des Rathauses  
***Drucksachennummer: 704/2013***
  - 4.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Konzept für die Erstellung eines "Kommunalen Bürgerhaushaltes" für das Jahr 2014, ***Reg.-Nr. 230-13*** - Stellungnahme der Verwaltung
5. Verschiedenes

## 1. Eröffnung der Sitzung

Die 40. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, gebeten.

### 1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

### 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Finanzausschusses am 25.04.2013

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 39. Sitzung des Finanzausschusses am 25.04.2013 fest.

### 1.3. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

## 2. Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen der anwesenden Einwohner.

## 3. Information

### **Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen** *Drucksachenummer: 709/2013*

Keine Diskussion.

#### **Information:**

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 06.04.2013 bis 06.05.2013 für das Haushaltsjahr 2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.**

## 4. Vorberatung

### 4.1. Bereitstellung von außerplanmäßigen Ausgaben für die Maßnahme Verknüpfungsstelle Reichenbacher Straße

*Drucksachenummer: 708/2013*

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den jüngsten Schriftverkehr mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Sachsen (SMWA). Darin wird ausgeführt, dass die Stadt Plauen den Fördersatz von 75% bekommen kann und die Unterstützung des Ministeriums zugesichert wird. Er merkt an, dass dies natürlich nicht mit einem Fördermittelbescheid gleichzusetzen ist. Zudem nennt er das Jahr 2014 als wahrscheinlichen Baubeginn und erklärt die Streckenführung während der Bauarbeiten. Abschließend lädt er zur Übergabe der Straße an der Meisterei am Dienstag (04. Juni) 16.30 Uhr ein.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, nimmt Bezug auf die Ältestenratsitzung vor der Haushaltsbeschlussfassung und merkt an, dass es zu einem Abstimmungsfehler zwischen Fachamt und Kämmerei gekommen ist. Sie erklärt, dass in der Jahresscheibe 2013 die Planungsmittel nicht als Kassenmittel eingeordnet wurden.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD-Fraktion, fragt, ob in der Voruntersuchung richtig gearbeitet worden ist und ob ein Baugrundgutachten erstellt wurde?

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, erklärt, wie die erhöhten Kosten entstanden sind. Er erläutert, dass zwei Baugrundgutachten für das gesamte Gebiet beauftragt worden sind und die Untersuchungen bei der Brücke begonnen wurden, sich über den Hang an der Reichenbacher Straße und bis in den Straßenbau hinein (Gelände Nutzfahrzeuge Reiher) gezogen haben. Er informiert, dass unglücklicherweise nur 30 Meter weiter, der Bereich mit dem Bauschutt vorgefunden wurde.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, bezüglich der Deckungsquelle, welche Maßnahme Bahnhofstraße betroffen ist, wenn es nicht die der Aufwertung von Reichstraße bis August-Bebel-Straße ist?

Frau Göbel erklärt, dass die Maßnahme der Aufwertung Bahnhofstraße im Haushaltsplan an zwei verschiedenen Stellen eingeordnet und somit geplant war. Sie bittet um Nachsicht und erklärt, dass es der erste doppische Haushalt mit den verschiedenen Zuordnungen war und es dadurch zu dem Versehen kam.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 708/2013 mehrheitlich zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Ausgaben i.H.v. 630.000,00 EUR für die Maßnahme Verknüpfungsstelle Reichenbacher Straße in Plauen.**

**Abstimmungsergebnis: 7 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

#### **4.2. Straßenreinigungs- und Gebührensatzung Drucksachenummer: 702/2013**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass noch zwei Anträge (CDU-Fraktion, Ortschaftsrat Großfriesen) zu diesem Sachverhalt eingegangen sind. Er erklärt, dass diese aufgrund der Kurzfristigkeit des Eingangs nicht mehr auf die Tagesordnung aufgenommen werden konnten und die Beschlussfassung in der Stadtratssitzung erfolgt.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, erläutert, dass die derzeitige Straßenreinigungs- und Gebührensatzung am 31.12.2013 ausläuft und dies zum Anlass für die Überarbeitung genommen wurde.

Frau Spanger, Controlling, erklärt, dass die Stadt Plauen in diesem Jahr erstmalig in der Situation ist, keine Rücklagen aus dem vorangegangenen Kalkulationszeitraum zur Verfügung zu haben, sondern sogar ein Defizit verteilen zu müssen. Sie ergänzt, dass zum 31.12.2013 mit einem Minus von ca. 50.000 EUR gerechnet werden muss. Je nach Reinigungsklasse bedeutet dies eine Erhöhung von 4 – 92 Cent/Grundmeter. Als Ursachen für das Defizit nennt sie u. a. die erhöhten Kosten für die Kehrrichtentsorgung im Jahr 2011 und die gestiegenen Dieselpreise bei der Abfallentsorgung.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, findet das Anliegen der Anwohner von Großfriesen, welches die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag unterstützt, bedenklich. Er meint, dass es eine generelle Regelung geben muss und die Begründung mit dem Alter nicht zugelassen werden sollte.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, kann nicht nachvollziehen, warum in der Anlage 2 Seite 11 der Nussertweg von einer 14-tägigen Reinigung auf eine 4-wöchentliche Reinigung gesetzt wurde, wenn als Begründung „hoher Verschmutzungsgrad“ angegeben wird. Weiterhin fragt sie, warum der Weg ins Grüne gereinigt wird, obwohl es sich um einen Feldweg handelt?

Herr Ullmann erklärt, dass der Nussertweg von einer Reinigung durch Anlieger auf eine maschinelle Reinigung geändert wurde, weil der Verschmutzungsgrad sehr hoch war. Dabei wurde jedoch angenommen, dass somit eine 4-wöchentliche Reinigung ausreicht.

Die weiteren Fragen wird Herr Prill, Leiter Abfallentsorgung Plauen telefonisch mit Stadträtin Knabe klären.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass mit der Satzung kein Geld verdient wird, sondern lediglich 75% der Kosten an die Anlieger umgelegt und 25% aus der Stadtkasse finanziert werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, wie überprüft wird, dass z.B. bezüglich des § 4 Winterwartung die Gehwege kontrolliert werden?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die Politessen auch darauf geschult sind, den allgemeinen Ordnungsdienst zu kontrollieren.

Herr Ullmann erklärt, dass zwei Mitarbeiterinnen insbesondere an Schwerpunkten, die aus dem Vorjahr bekannt sind, Kontrollen durchführen und auch Hinweisen nachgehen, die von Einwohnern kommen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Hinweis in der Satzung, bezüglich des Verbotes der Nutzung von Salz, stärker hervorgehoben und auch kontrolliert werden sollte.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 702/2013 mehrheitlich zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung lt. Anlage 1.**

**Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

#### **4.3. Planungsauftrag für den Nord-West-Flügel des Rathauses Drucksachenummer: 704/2013**

Oberbürgermeister Oberdorfer macht den Vorschlag, dass jede Fraktion eine Person benennen soll, die zu den Planungsberatungen eingeladen wird und Einfluss auf verschiedene Entscheidungen nehmen kann.

Er appelliert an alle Stadträte, das Projekt nicht abzulehnen, da eine Förderung von bis zu 75% in dieser Form nicht wiederkommen wird und es sich um eine historisch einmalige Chance handelt.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass er der Argumentation sehr gut folgen kann. Ihn stört jedoch die Ansiedlung des Ratssaals im oberen Geschoss. Er möchte wissen, ob an der Verlagerung des Saals noch etwas getan werden kann?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass wenn dies von der Mehrheit des Rates gewünscht wäre, ein Gespräch mit dem Architekten stattfinden müsste, bei dem unter den entsprechenden Konsequenzen darüber beraten wird. Er bittet darum, dies jedoch nicht zu dem Kriterium zu machen, um den ganzen Bau abzulehnen.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD-Fraktion, erklärt, dass es in seiner Fraktion unterschiedliche Auffassungen dazu gibt. Er selbst wird zustimmen und findet es gut, dass die Stadträte in die Planungsphasen einbezogen werden sollen.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, äußert, dass er die Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro als sehr positiv empfindet. Er selbst findet den Ansatz, den Ratssaal oben anzusiedeln, nicht schlecht, da die Leute somit durch das Rathaus geführt werden und es mehr zu einem „Bürgerhaus“ wird. Kritisch merkt er an, dass man sich als Stadtrat teilweise nicht ernstgenommen gefühlt hat, weil Anmerkungen die gemacht wurde, nicht eingebracht wurden. Er hätte sich diesbezüglich etwas mehr Sensibilität des Oberbürgermeisters gewünscht.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, steht hinter dem Vorschlag, weil er bescheiden und schlicht ist. Bezüglich der Kostenfrage erläutert er, dass bei Kosten in Höhe von ca. 10 Mio. EUR mit einer 70%igen Förderung ca. 3 Mio. EUR für die Stadt anfallen würden. Wenn man dies auf eine Kreditlaufzeit von 30 Jahre bezieht, sieht er keinen Anlass für Beunruhigung. Die Nutzung des Raums nach oben für den Ratssaal findet er sehr gut. Abschließend merkt er an, dass er die zahlreichen Enthaltungen nicht nachvollziehen kann, denn bei solch einer Frage sollte man entweder dafür oder dagegen sein.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, fragt, ob es nicht möglich wäre, eine Sicherheit einzubauen, damit es nicht teurer wird, da dies bei Baumaßnahmen öfter der Fall war.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass auch viele Baumaßnahmen unter der Kostenschätzung abgeschlossen werden.

**Stadträtin Knabe bittet darum, am Jahresende eine Übersicht über die Kostenunter- und Kostenüberschreitungen der erfolgten Baumaßnahmen zu erhalten.**

**Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass dies für den Gesamtbereich Bau erfolgen soll.**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob es eine Garantie oder feste Zusage über die Fördermittelhöhe von 75% gibt?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er bei den Gesprächen im Innenministerium selbst dabei war und es auch eine Aktennotiz aus dem Gespräch mit Herrn Köppl gibt, dass das Geld zur Verfügung steht. Er informiert, dass für einen Fördermittelbescheid förderfähige Unterlagen vorgelegt werden müssen und diese mit dem Beschluss zur Planungsvergabe geschaffen werden.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, merkt an, dass auch seine Fraktion geteilter Meinung ist, aber um weiter vorwärts zu kommen, sollte zu mindestens der Planungsauftrag beschlossen werden.

Stadtrat Rappenhöner möchte daran erinnern, dass heute nur der Beschluss gefasst wird, eine Planungsleistung zu beauftragen und nicht festgelegt wird, wie das Rathaus gebaut werden soll.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 704/2013 mehrheitlich zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt auf der Grundlage der Ergebnisse des Architektenwettbewerbes und der erfolgten Vergabeverhandlungen die Beauftragung von Planungsleistungen für den Nord-West-Flügel des Rathauses der Stadt Plauen an das Architekturbüro RKW - Rhode Kellermann Wawrowsky - Architektur + Städtebau, Büro Leipzig.**

**Abstimmungsergebnis: 7 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

**4.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Konzept für die Erstellung eines "Kommunalen Bürgerhaushaltes" für das Jahr 2014, Reg.-Nr. 230-13 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass in den letzten Jahren durchaus positive Schritte z.B. in Form der Einwohnerfragestunden, hinsichtlich der Bürgerbeteiligung getan wurden. Durch die im Antrag geforderte Prüfung zur Erstellung eines Bürgerhaushaltes, soll diese Beteiligung noch verstärkt werden. Er selbst empfindet die Stellungnahme der Verwaltung ein Stück weit als beschämend, weil auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung Bürgerengagement gefragt sein sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer findet diese Äußerung nicht angemessen und merkt an, dass in der Stellungnahme sachlich das Für und Wider dargestellt wurde.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag ab und steht hinter der Stadt Plauen. Er findet, dass es gewählte Stadträte gibt, die die Meinung der Bürger auch im Rahmen der Haushaltsdiskussion vertreten.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezieht sich auf die derzeitige Bürgerbeteiligung hinsichtlich des Haushaltsplanes, welche kaum stattfindet und schlussfolgert, dass dies gegen einen Bürgerhaushalt spricht. Vorstellen könnte er sich die Beteiligung durch Vorgabe von Varianten, aus denen der Bürger auswählen könnte.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, befürwortet den Antrag und findet, dass sich die Stadt nicht generell davor verschließen sollte. Er stellt fest, dass der Stadtrat und die Ortschaftsräte nur einen kleinen Teil der Bevölkerung darstellen und er glaubt, dass durch einen Bürgerhaushalt durchaus Sachverstand aus dem Bürgerbereich genutzt werden könnte, gerade auch im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass sie sich intensiv mit der Kämmereiamtsleiterin der Stadt Chemnitz ausgetauscht hat und dort zusätzliches Geld vorhanden war. Sie erläutert, dass es in Zwickau zwar einen Bürgerhaushalt gibt, bei dortiger Nachfrage jedoch geäußert wurde, diese nicht weiter ausgebaut werden soll. Zudem merkt sie an, dass sie auch ein zeitliches Problem sieht, da z.B. in Chemnitz sogar eine zusätzliche Stelle geschaffen wurde. Sie ergänzt, dass dieses Jahr zusätzlich auch noch die Eröffnungsbilanz erstellt werden muss und sie den jetzigen Zeitpunkt für die Einführung eines Bürgerhaushaltes kritisch sieht.

Stadtrat Zabel schlägt vor, da er die Anmerkungen von Frau Göbel durchaus nachvollziehen kann, erneut über den Zeitpunkt zu sprechen und diesen ggf. nach 2015 zu verschieben.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit der Reg.-Nr. 230-13 mehrheitlich zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Erstellung eines „Kommunalen Bürgerhaushaltes“ für das Jahr 2014 zu erarbeiten.**

**Dabei sollen folgende Punkte geprüft werden:**

- 1. In welchen Bereichen ist eine Bürgerbeteiligung rechtlich möglich?**
- 2. Welche Bereiche schlägt die Verwaltung vor?**
- 3. Welche Verfahren zur Bürgerbeteiligung sind möglich?**
- 4. In welchem Umfang können die Bürgerinnen und Bürger über finanzielle Mittel entscheiden?**

**Abstimmungsergebnis: 5 JA-Stimmen; 3 NEIN-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**

**5. Verschiedenes**

- Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob bezüglich der Parktheaterüberdachung die Kosten für den Schallschutz schon integriert sind?

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, antwortet, dass die Kosten für eine Schallschutzmaßnahme in dem bisherigen Projekt nicht enthalten sind. Er erklärt, dass die Schallschutzwand eine Forderung in Zusammenhang mit der Baugenehmigung ist. Diese wurde erst kürzlich erteilt und basiert auf der Stellungnahme der Emissionsschutzbehörde des Vogtlandkreises. Er ergänzt, dass die GAV beauftragt wurde, innerhalb von knapp zwei Monaten ein Konzept vorzulegen, aus dem sich dann die Kosten ergeben werden.

- Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, informiert, dass bezüglich der Auswahl der Schlüsselprodukte bis zum 24.06.2013 Vorschläge zu möglichen Änderungen an die Finanzverwaltung übermittelt werden können.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Petra Rank  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Luise Dähn  
Schriftführerin

Benjamin Zabel  
Stadtrat